

Zur Krise der politischen Kultur in der hessischen CDU

Nach der Landtagswahl: Die Basis fordert mehr Mitbestimmung

Goethe soll einmal gesagt haben: „Die Hessen stellen sich dumm – sind sie aber nicht.“ Anstatt klare Mehrheiten zu schaffen, am liebsten unsere eigene, präsentierten sie uns, den braven CDU-Wahlkämpfern an der Basis, aber auch unserer Parteiführung, eine Quittung, die uns alle im ersten Moment wie vom Donnerschlag gerührt hinterließ. Jetzt, nach dem ersten Schrecken, bezieht sich die parteiinterne Ratlosigkeit jedoch schon schnell wieder vor allem auf Strategien einer möglicherweise monatelangen Hängepartie in Wiesbaden.

Über diese praktischen Erwägungen vergessen wir vielleicht allzu leicht die wichtigste Frage: **Was will uns der Wähler¹ sagen?** Daher ist es an der Zeit, daß wir nicht nur unsere Schäfchen ins Trockene bringen, sondern gerade auf diese Frage eine Antwort suchen. Solche konstruktiven und wohlmeinenden Erwägungen können nur im Interesse der Partei sein und sollen ihr dienen – auch und gerade, wenn sich die Führungsebene nicht in ähnlicher Form äußern kann oder will. Die Partei ist mehr als ihre Führung. Das vorliegende Papier ist ein erster Versuch und Denkanstoß, eine Konkretisierung von Gedanken, wie sie wohl allenthalben in diesen Wochen an der CDU-Basis diskutiert werden. Halten wir zuerst die Fakten fest:

Mit 36,8% der abgegeben Stimmen haben wir 12 Prozentpunkte gegenüber der letzten Wahl verloren. Die CDU hat, wie bei der letzten Bundestagswahl, nun auch in Hessen einen massiven Verlust an Stammwählern zu verzeichnen; Wahlforscher sprechen von allein 70.000 CDU-Wählern, die direkt zur SPD „übergelaufen“ sind, ganz zu schweigen von den Legionen, welche wir offenbar der F.D.P. in die Arme getrieben haben. Doch auch die SPD als zweite „Volkspartei“ konnte letztlich nicht mehr als 36,7% an Zustimmung erreichen und war evident nicht in der Lage, ihren linken Flügel gegen die Linkspartei zu verteidigen. Die Gesamtheit der beiden „staatstragenden“ Volksparteien erfreut sich dabei nur noch des Rückhalts von 40,5% der wahlberechtigten Bevölkerung. Selbst eine große Koalition wäre also von 60% der Bürger nicht legitimiert. Für uns noch verheerender: Von 4.370.403 wahlberechtigten Bürgern in Hessen haben nur 1.009.749 Personen für die CDU gestimmt. Das bedeutet: Wenn wir als mit hauchdünner Mehrheit stärkste Partei weiterregieren, dann werden wir dabei von gerade einmal einem Viertel der Bevölkerung getragen – **drei Viertel der Bürger haben nicht für unsere Partei gestimmt!** Das ist die eigentliche Botschaft, die wir ergründen müssen.

Diese Lage läßt nur folgenden Schluß zu: Eine massive und bei weitem mehrheitliche Front der Bürger ist nicht mit dieser, von uns gestellten, Regierung einverstanden und hat uns eine schallende Ohrfeige verpaßt. Der Unmut war schon im Wahlkampf auf der Straße deutlich

¹ Es handelt sich hierbei um ein geschlechtsneutrales Maskulinum, wie es bis vor kurzem noch als allgemeinverständlich galt.

spürbar. Wir *müssen* uns im ureigenen Interesse unserer Partei überlegen, was die Gründe einer derart massiven Ablehnung durch die Bürger sind. Wir können dabei nicht jeden einzelnen Wähler befragen, sondern sind auf unsere persönliche Einschätzung angewiesen, wie sie sich vor allem aus unseren direkten Erfahrungen und Gesprächen im Wahlkampf ergibt.

Zu einer derartigen Diskussion möchte ich im folgenden einige Anstöße liefern und dabei deutlich machen, daß es in dieser überaus ernsten Lage um das Wohl, ja um das langfristige Überleben der CDU als gestaltende, bürgerliche Kraft in Hessen geht. **Nach meiner Überzeugung gibt es eine Reihe von faktischen und ideologischen, vor allem aber emotionale Gründe für die uns umwallende externe Ablehnung, die fundamental mit einer Krise unserer internen politischen Kultur zusammenhängen.**

Hessen geht es gut, und die Erinnerung an das wirtschafts-, bildungs- und sicherheitspolitische Desaster unter Eichel ist schon weithin verblaßt. Wohl ist es richtig, im Wahlkampf auf die eigenen Erfolge hinzuweisen und die gegnerischen Programme als rückschrittlich, unverantwortlich und vor allem als unbezahlbar zu entlarven. Nur hat das niemanden interessiert. Der Wähler ist ganz offensichtlich „undankbar“. Die ganze Haben-Seite nach zwei CDU-geführten Regierungen und auch der fulminante Vorsprung Hessens vor SPD-geführten Bundesländern wird generös übersehen – das ist traurig, aber das *müssen* wir zur Kenntnis nehmen.

Das Wählerinteresse am staatlichen und persönlichen Wohlbefinden wird nämlich erst dann im Vordergrund stehen, wenn es dem Lande und speziell dem Wähler gerade *nicht* gut geht, so wie es unter Eichel der Fall war. Hiervon profitiert natürlich die Opposition, nicht die Regierung. Wir müssen also akzeptieren, daß **gute Politik keine notwendige und schon gar keine hinreichende Bedingung für den Wahlerfolg** ist. In der Summe wurde die von uns gestellte – obgleich gute – Regierung vom Wähler nicht anhand ihrer Qualität beurteilt. Aus meiner Sicht überwogen Gründe von *ideologischer* und vor allem *emotionaler* Natur.

Für den Ideologen ist die Welt verständlich eingeteilt in Schwarz und Weiß. Ideologisch motiviertes Wahlverhalten können wir einem Großteil der Wähler radikaler Parteien unterstellen, inklusive der Linkspartei. Auch die SPD hat vermutlich ein nicht geringes Potential an ideologisch motivierten Anhängern, welches letztlich aus der Arbeiterbewegung herrührt. Dagegen verfügt die CDU als *bürgerliche* Partei, wenn überhaupt, nur über ein äußerst schwaches ideologisches Fundament, das am ehesten vielleicht noch von der katholischen Tradition des Zentrum herrührt. Der Großteil unserer bürgerlichen Anhänger hat aber mit Ideologie – zum Glück – nichts am Hut. Im Gegenteil, sobald der bürgerliche CDU-Sympathisant den Eindruck gewinnt, daß wir in ideologischen Gewässern fischen, wird er sich eher der F.D.P. zuwenden. Es gibt also kaum ideologische Gründe, die CDU zu wählen – aber es gibt für unsere Gegner manifeste ideologische Gründe, die CDU *nicht* zu wählen.

Ein (ideologisch polarisierender) Lagerwahlkampf „rechts gegen links“ kann daher um so weniger funktionieren, je aufgeklärter die Anhängerschaft unserer Partei ist. Das deutsche Bürgertum war nie rechts, sondern verachtet jegliche Ideologie. Was es verehrt, ist *Leistung*.

Der Kern meiner Ausführungen läuft auf den meiner Meinung nach entscheidenden Grund für das verheerende Wahlergebnis hinaus: Die Menschen haben uns nicht gemocht. Gerade im Vergleich zu Niedersachsen wird deutlich, wie wichtig es ist, dem Wahlvolk Sympathieträger zu präsentieren. Warum waren wir in den Augen der Wähler nicht *sympathisch*? An dieser Stelle können nur Eigenschaften zitiert werden, die ich tatsächlich im Wahlkampf zu hören bekommen habe: **Arroganz, Unehrlichkeit, Eigennutz**. Viele der von uns angesprochenen Wähler haben unserer Regierung faktisch eine gute Leistung attestiert – aber *emotional* empfanden sie unser Personal als arrogant, unehrlich und eigennützig. Auch wenn dies nicht zutrifft – der Eindruck entscheidet! **Ein Wähler, der keine faktischen oder ideologischen Gründe für oder gegen uns hat, wird nach emotionalen Kriterien entscheiden. Seine Richtschnur ist die Sympathie. Hier, an dieser Stelle, haben wir Zigtausende von Stimmen verloren!**²

Was folgt daraus? Ich bin überzeugt: Das Problem der externen, emotionalen Ablehnung, die sich in der Wahl manifestiert hat, ist im Kern Spiegel einer *internen* Krise, und zwar einer **Krise der politischen Kultur unserer Partei**. Unter politischer Kultur verstehe ich vorrangig die Prozesse, durch die – und die Kriterien nach denen – unsere Partei ihr Führungspersonal rekrutiert und befördert. Aus der vorangegangenen Analyse des Wahlergebnisses folgt, daß eine Partei, wenn sie extern Erfolg haben will, dem Wähler einen Typus an Politiker³ präsentieren muß, der dank seiner **Kompetenz** nicht nur faktisch gute Politik macht, sondern sich im emotionalen Wettbewerb auszeichnet durch das Gegenteil von Arroganz, Unehrlichkeit und Eigennutz, nämlich: **Demut, Ehrlichkeit und Gemeinnützigkeit**. Letztlich läuft es darauf hinaus, das vielbeschworene „C“ im Namen unserer Partei ernst zu nehmen. Das sind sehr hohe moralische Anforderungen. Sie verlangen einen charakterlich integren Menschen. Es sind geradezu Tugenden, denen niemand ganz und immerzu gerecht werden kann. Aber, und das ist entscheidend, das *Streben* danach muß für den Wähler erkennbar sein – dann ist der Politiker auch zum Sympathieträger geeignet! Um dies zu gewährleisten, müßte es einen **Ehrenkodex** in unserer Partei geben, in dem diese beiden Werte gleichberechtigt an erster Stelle stünden: **Kompetenz** und **Integrität**. Kompetenz liefert dem Wähler faktische, objektive Gründe, um sich für unsere Partei und ihr Personal zu entscheiden. Integrität sorgt für Sympathie, für die emotionale Zustimmung –

² Und Christian Wulff nicht. Insbesondere unsere Äußerungen zur ausländischen Jugendkriminalität haben viele Menschen als unehrlich empfunden. Wenn uns das wichtige Thema wirklich am Herzen gelegen hätte, so der Vorwurf, warum haben wir es dann nicht schon *vor* dem Münchner Verbrechen im Wahlkampf angeführt – warum haben wir erst auf die Woge der Empörung gewartet? Und warum hat sich unser Einsatz im Kampf gegen kriminelle Ausländer auf Rhetorik beschränkt?

³ Nochmals der Verweis auf das hier geschlechtsneutral gebrauchte Maskulinum.

insbesondere dann, wenn Kompetenz nicht im Vordergrund steht, weil die Regierung faktisch gut war.

Die logische, nächste Frage lautet: Nach welchen Kriterien bringt unsere Partei denn tatsächlich ihr Spitzenpersonal hervor und somit Kandidaten, die sie dem Wähler präsentiert? Geht es bei uns vorrangig um Kompetenz und Integrität? Jeder halbwegs mit den Strukturen der hessischen CDU Vertraute weiß, daß Kompetenz und Integrität zwar nicht schaden, um eine Kandidatur zu erlangen – daß sie aber bei einer Nominierung mitnichten im Vordergrund stehen. Entscheidend ist die Zugehörigkeit zu inneren Zirkeln, zu einem Netzwerk der Träger von Personalentscheidungen, die am ehesten unter ihresgleichen einen alten, vertrauten Weggefährten küren. Dabei werden intern Maßstäbe angelegt, die unterschiedlich sind von denen, die extern der Wähler seiner Entscheidung zugrundelegt. Extern geht es um Kompetenz und Sympathie, intern geht es um langjährige Präsenz in der Partei und ihren Gruppierungen, die untereinander unsägliche „Personalpakete“ austarieren, sowie um die Vertrautheit innerhalb dieser inneren Zirkel auf Kreis- und Landesebene. **Für den Nachwuchs ist also nicht seine Außenwirkung entscheidend, sondern die „Ochsentour“.**

Anders als in England gibt es keine öffentlichen Ausschreibungen für Nominierungen, keine Assessment-Center, keine Lebensläufe – es gibt Hinterzimmer. Anders als in Amerika entscheidet nicht der Bürger, wer kandidiert, sondern der Vorstand. Ermöglicht wird dieses Vorgehen über die Praxis, Personalentscheidungen, die eigentlich alle Parteimitglieder angehen, an wenige Delegierte abzutreten – und zwar lange bevor sie überhaupt anstehen. Das normale Mitglied entäußert sich also im Vorfeld bereits seiner demokratischen Rechte auf Äußerung und Mitbestimmung, sobald es um Personalentscheidungen geht.

Dieses Verfahren muß nicht, kann aber zu Kandidaten führen, die beim Wähler nicht „ankommen“. Soweit das der Fall ist, schadet es der Partei, denn es gibt keinen stringenten Zusammenhang zwischen internen und externen Erfolgskriterien. Im Gegenteil, wenn es stimmt, daß das wählende Bürgertum auf *Leistung* wert legt, sich aber akademische und berufliche, z. B. im Ausland erbrachte, Leistung mit der Ochsentour widerspricht – dann entfallen von vorneherein Kandidaten, die vielleicht beim Wähler hervorragende Chancen hätten. Damit sägt die Partei am eigenen Ast. Sie riskiert es, aussichtsreiche Kandidaten und insbesondere „Quereinsteiger“ mit besonderen Kompetenzen zu vergraulen, bloß weil diese ihre lokale Ochsentour nicht absolviert haben und frustriert der Partei den Rücken kehren, sobald sie verstehen, daß sie gar nicht erwünscht sind.

Hinzu kommt die allgemeine Krise der Parteien in Deutschland: Nach den Masseneintritten der 1970er Jahre, getragen von einem hohen Maß an gesellschaftlicher Politisierung, gehen die Mitgliederzahlen seit der Wiedervereinigung auf breiter Front zurück, sowohl absolut als auch im Verhältnis der Altersgruppen: Von den heute 25-Jährigen besitzen kaum mehr als 2% ein Parteibuch. Nicht wenige von uns Jüngeren kennen den skeptischen Blick von Kollegen und Altersgenossen, wenn man sich zur Mitgliedschaft in einer politischen Partei bekennt.

Die Gefahr der gesellschaftlichen Marginalisierung der CDU selbst als „Volkspartei“ ist real und zeigt sich nicht zuletzt in der Beteiligung und im Ergebnis der Landtagswahl! Wenn eines Tages nur noch „Vereinskrauter“ über die politische Führung eines Landes entscheiden, ist die Abwendung des Wählers und möglicher Aspiranten von einem solchen Betrieb eine logische Folge.

Da sich nun auch der dramatischer Geburtenrückgang spürbar macht, ist die Personaldecke für den politischen Führungsnachwuchs schon jetzt äußerst dünn. In einer solchen Situation dürfte es sich keine Partei erlauben, mögliche Kandidaten durch kartellhafte Züge ihrer Personalentscheidungen auszubooten. Statt dessen müßte es im freien Wettbewerb auch für Neulinge möglich sein, in Kompetenz und Sympathie mit den alteingesessenen Funktionären um eine Nominierung zu konkurrieren. Auch der freie Wettbewerb, wie die Leistung, ist übrigens ein im Bürgertum hoch angesehener Wert – der Beste soll sich durchsetzen, nicht der Dienstälteste. Partei-interne Klüngelei verhindert Meritokratie und schadet der CDU in eklatanter Weise bei ihrer bürgerlichen Klientel. Das Bürgertum akzeptiert kein Mittelmaß!

Es gibt nur einen Weg, diesen Teufelskreis zu durchbrechen: Aus der Basis und der Gesamtheit der Partei muß der Wille erwachsen, in Zukunft Aufstieg und Auswahl von Personal nach denjenigen Kriterien zu gewährleisten, die extern beim bürgerlichen Wähler Anklang finden – und nicht unbedingt intern bei Zirkeln, die etwa einen „verdienten Parteifreund“ mit einem Posten versorgen möchten, anstatt dem Wähler den bestmöglichen Kandidaten anzubieten.

Wir müssen eine Erneuerung der politischen Kultur in unserer Partei erreichen. Ein erster Schritt hierfür muß sein, daß ab sofort die Nominierung von Kandidaten durch eine unmittelbare Entscheidung der CDU-Mitglieder des betreffenden Wahlkreises erfolgt. Es ist unter demokratischen Gesichtspunkten nicht hinnehmbar, daß Kandidaten durch Delegierte gewählt werden, die ihrerseits zu einem Zeitpunkt bestimmt wurden, da mögliche Kandidaten für spätere Wahlen überhaupt noch nicht benannt waren. Dieses Verfahren ist allenfalls geeignet, bestimmte Parteiflügel und sonstige Maßgaben von Vorständen und inneren Zirkeln zu berücksichtigen. Unsere Satzung ist dahingehend zu ändern. Nur durch Mitbestimmung der Basis bei der Nominierung von Kandidaten kann ein Minimum an Wettbewerb und Meritokratie erreicht werden. Mißlingt uns dies, dann ist ein weiterer Niedergang nicht nur absehbar, sondern verdient: **Der Wähler ist schließlich nicht dumm.**

Dr. Martin Heipertz, Frankfurt am Main

Reaktionen erbeten an initiative-mitbestimmung@web.de